

ANTRAGSSPIEGEL – Beschlossene Anträge

L Leitantrag

- L 1 Sozialismus(s) – Unsere Zukunft jetzt! Bezirksvorstand

I Innenpolitik, Recht und Verfassung

- I1 Längeres Bleiberecht für
Opfer Rechtsradikaler Unterbezirk Kassel-Stadt
- I2 "Hesse ist, wer Hesse sein will" –
Gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs
in die Präambel der hessischen Verfassung Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

B Bildung

- B1 Den Managern von morgen Mitbestimmung
und demokratische Strukturen im
Unternehmen lehren Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
- B2 Englisch als Pflichtfach bei Ausbildungsberufen
und Studiengängen für den öffentlichen
Dienst etablieren Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

S Soziales

- S1 Beitragsbemessungsgrenze abschaffen Unterbezirk Kassel-Stadt
- S2 Lernförderung von Kindern mit
SGB II Bezug Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

St Steuern und Finanzen

- St1 Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

D Digitalisierung, Internet und Netzpolitik

- D1 Sozialdemokratie für das digitale Zeitalter Bezirksvorstand
- D2 Freifunk-Angebote in kommunalen
Einrichtungen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
- D3 Wilhelm-Pfannkuch-Haus richtet
Freifunk-Angebot ein Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ**

Antrag: L 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Sozialismus(s) – Unsere Zukunft jetzt!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die Sozialdemokratie hat mit der Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten an
4 Glaubwürdigkeit zurückgewonnen. Die Menschen glauben uns wieder, dass wir etwas gegen
5 die Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft unternehmen wollen. Um diesen Trend in einen
6 Wahlsieg umzusetzen, braucht die SPD neben starkem Personal vor allem sozialdemokratische
7 Antworten auf drängende Fragen:
8 Wie können wir die historische Ungleichverteilung von Reichtum und Chancen mindern? Wie
9 können wir Bildungsgerechtigkeit herstellen und Teilhabe für alle sichern, wie den wachsenden
10 Rechtsextremismus bekämpfen und Politikverdrossenheit überwinden?
11 Gelingt es uns auf diese drängenden Fragen sozial gerechte Antworten zu finden hat die
12 Sozialdemokratie wieder die Chance stärkste Kraft im Parlament zu sein und Visionen
13 Wirklichkeit werden zu lassen.

14

15 Linke Politik beruht auf unseren Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Wir wollen den
16 Menschen ein selbstbestimmtes gutes Leben ermöglichen, in dem sie sich frei von Ängsten
17 entfalten können. Damit dies möglich wird, gibt es in der Bundesrepublik noch viel zu tun.

18

19 **Wir fordern gute Arbeit!**

- 20
- 21 • **Gleiche Arbeit, gleicher Lohn!**
22 Leih- und Zeitarbeit müssen endlich wirkungsvoll reguliert und ein Missbrauch verhindert
23 werden. Menschen brauchen Planungssicherheit und dürfen dieser nicht weiter durch
24 Zeitarbeitsverträge beraubt werden.
 - 25 • **Kein*e Arbeiter*in ist weniger wert!**
26 Die Ausnahmen beim Mindestlohn waren ein Zugeständnis an die Union. Wir müssen
27 weiter für deren Abschaffung kämpfen. Denn es darf nicht sein, dass ein
28 gesellschaftlicher Konsens für Arbeitsstandards die Schwächsten außen vor lässt. Der
29 Mindestlohn muss zum Leben reichen. Sozialversicherungsbefreite Minijobs lehnen wir
30 weiterhin ab!
31 Deshalb fordern wir:
32 •Eine Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Januar 2018
33 •Eine deutlich stärkere Aufsicht der Auszahlung des Mindestlohns durch
34 stichprobenartige Kontrollen
35 •Deutliche Sanktionierung bei Nichteinhaltung
36 •Möglichkeit der anonymen Meldungen der Nichteinhaltung des Mindestlohngesetzes
37 von Arbeitnehmern als Schutz vor Kündigung
38 •Zahlung des Mindestlohns ohne Ausnahmen an alle Arbeitnehmerinnen und
39 Arbeitnehmer
40 •Wir brauchen einen ökonomischen/volkswirtschaftlich sinnvollen langfristigen
41 Schuldenabbau für die Bundesrepublik, ohne eine zwingende schwarze Null
42 •Bürger*innenversicherung jetzt

152 Auch auf dem Land muss es Menschen möglich sein, gleichwertige Lebensbedingungen
153 vorzufinden. Wir fordern mehr Investitionen in die ländliche Infrastruktur und eine
154 stärkere Unterstützung von ländlichen Kommunen bei der kommunalen
155 Daseinsfürsorge.
156

157 **Wir fordern Chancengleichheit!**

- 158
- 159 • **Schluss mit den Reförmchen – Wir fordern BAföG für alle!**
160 Die letzte BAföG-Reform war nicht ausreichend. Studierende leiden unter starkem
161 Zeitdruck, um die Zwischenprüfung zu erreichen. Lernende sollten mehr Zeit zum
162 Studieren bekommen und dennoch weiter finanziert werden.
163 Darüber hinaus müssen endlich alle Menschen unabhängig von der finanziellen
164 Situation ihrer Erziehungsberechtigten BAföG bekommen können.
165 Wir fordern ein elternunabhängiges BAföG!
- 166
- 167 • **Bildung muss kostenfrei sein – von der KiTa bis zur Hochschule!**
168 Die SPD muss sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass gute Bildung nicht zum
169 exklusiven Gut für einige wenige wird. Deshalb fordern wir das Bildung Wege und
170 Optionen für Menschen in allen Altersklassen und mit sämtlichen sozioökonomischen
171 Hintergründen eröffnet und nicht verwehrt. Bildung muss von der Kindheit an allen
172 Menschen zugänglich sein. Auf Grund dessen, dass das dreigliedrige Schulsystem
173 kategorisierend und in diesem Zuge auch klassifizierend und stigmatisierend in der
174 Praxis wirkt, fordern wir eine Veränderung des Schulsystems, in dessen Mittelpunkt der
175 Gedanke stehen muss, das dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen, um ein vor allem
176 gerechteres System schaffen zu können, welches den Menschen Perspektiven eröffnet.
177 Unser Ziel muss es sein einen Schulabschluss für die Schüler*innen zu erwirken, der
178 jedem Menschen unabhängig seiner Herkunft, Ethnizität und seiner Fähig- und
179 Fertigkeiten und Behinderung dieselben Startchancen in unserer Gesellschaft bietet,
180 sodass wir Schritt für Schritt der Inklusion unterschiedlicher Gruppierungen
181 näherkommen anstatt der Exklusion. Und somit endlich den Weg beschreiten, den wir
182 durch Unterzeichnung der UN-BRK eingeschlagen haben und zudem wir uns als
183 Sozialdemokraten verpflichtet sehen, nämlich Bildung an das große Thema der sozialen
184 Gerechtigkeit anknüpfen zu lassen.
185 Auch Bestrebungen Studiengebühren in einzelnen Bundesländern wiedereinzuführen
186 müssen wir entschlossen entgegen treten.
187

188 **Wir fordern eine solidarische und ökologische Landwirtschaft und nachhaltige** 189 **Ernährung!**

- 190
- 191 • **Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen beenden!**
192 Wir wollen den Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, Perspektiven anbieten.
193 Daher wollen wir zum einen eine Abkehr von „wachsen oder weichen“. Vor allem aber
194 müssen die Arbeitsbedingungen für die Arbeitskräfte, häufig ungelernten
195 Saisonarbeiter*innen aus Osteuropa, deutlich verbessert werden.
- 196 • **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) geht auch nachhaltig!**
197 „Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen!“ Wir wollen die Direktzahlungen senken
198 und in die 2. Säule der GAP (Förderung ländlicher Räume) umschichten. Zudem
199 brauchen wir Mechanismen, die effektiv den Tierbestand in Europa senken, wenn wir zu
200 einer nachhaltigen Landwirtschaft gelangen wollen.
- 201 • **Subventionen hinterfragen!**
202 Wir wollen eine Abschaffung von steuerlichen Anreizen bzw. Privilegien
203 der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie, die den Nachhaltigkeitszielen
204 widersprechen (z. B. Agrardiesel, Milchprogramm). Stattdessen muss die ökologische
205 Landwirtschaft stärker gefördert werden und die Förderpraxis dahingehend geändert
206 werden, dass nicht länger vor allem die industrielle Landwirtschaft profitiert.
- 207 • **Pflanzliche Produktionen stärken!**

208 Eine pflanzliche Ernährung ist wesentlich umweltfreundlicher als eine mit Fleisch (siehe
209 Klimaschutzgutachten BMEL). Als Gesellschaft wollen wir Benachteiligungen von
210 pflanzlichen Produkten (z.B. MwSt.- Satz von pflanzlichen Alternativen zu Kuhmilch)
211 beenden und diese fördern, wo sie einen Beitrag zu einer gesunden, umwelt- und
212 tierfreundlichen Ernährung liefert.

213 • **Globale Gerechtigkeit auch in der Landwirtschaft erkämpfen!**

214 Europa muss seine Produktion an die vorhandenen natürlichen Ressourcen anpassen.
215 Die nationalen Agrarmärkte der Entwicklungsländer müssen maßgeblich durch faire
216 globale Handelsverträge mit hohen Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards
217 gestärkt werden. Europa darf die nationalen Agrarmärkte der Entwicklungsländer nicht
218 mehr durch billige Exporte und Importbeschränkungen zerstören.

219 • **Nachhaltige Gemeinschaftsverpflegung ermöglichen!**

220 Millionen Essen werden jeden Tag in der Gemeinschaftsverpflegung nachgefragt.
221 Entwicklungen hin zu einer leckeren, gesunden und nachhaltigen
222 Gemeinschaftsverpflegung unterstützen wir. Wir sehen die Chancen und die
223 Verantwortung über die Außerhausverpflegung Bio, Regional aber vor allem Obst und
224 Gemüse zu bewerben. Außerdem wollen wir bei den Großküchengeräten und deren
225 Energie und Wasserverbrauch ansetzen.

226

227 **Wir fordern einen emanzipatorischen Verbraucher*innenschutz!**

228

229 • **Lebensmittelampel einführen!**

230 Auf den ersten Blick muss erkennbar sein, ob ein Produkt viel Zucker, Fett oder Salz
231 enthält. Wir Sozialdemokrat*innen halten daher an der Lebensmittelampel fest! Um den
232 Rückgang der Ernährungsbildung aufzuhalten und umzudrehen, brauchen wir zudem
233 neue Wege in der Bildungspolitik.

234 • **Recht auf Verschlüsselung!**

235 Digitale Kommunikation ist heute nicht mehr nur für kriminelle Angreifer*innen wie offen
236 ausliegende Postkarten lesbar, sondern die Speicherung von Daten durch private und
237 staatliche Akteure inzwischen Standard. Um das Grundrecht auf informationelle
238 Selbstbestimmung zu stärken, fordern wir den umfassenden Ausbau von
239 Verschlüsselungstechnologie, beispielsweise durch ein Recht auf verschlüsselte
240 Kommunikation mit staatlichen Institutionen.

241 • **Personenbezogene Daten schützen!**

242 Daten sind mittlerweile eine gängige Währung im internationalen kapitalistischen
243 System. Besonders wertvoll sind solche Daten, die Auskunft über Verhalten, Vorlieben
244 und Fähigkeiten von Personen geben. Diese gilt es besonders zu schützen: durch
245 Transparenz, Regelungen zur Zweckbindung und Rückholbarkeit. Eine Abkehr vom
246 Prinzip der Datensparsamkeit lehnen wir ab.

247

248 **Energiewende**

249 2016 wurde ein historischer Wert bei der Windenergie in Hessen erreicht, erstmals wurden
250 mehr als 330 MW an Leistungszuwachs verzeichnet - insgesamt 112 Anlagen gingen ans Netz.
251 Nur 2 andere Bundesländer hatten weniger Zuwachs zu verzeichnen, Rheinland-Pfalz und das
252 Saarland. Derzeit sind weitere 550 MW an neuen Anlagen vom Regierungspräsidium
253 genehmigt.

254 Wie die weitere Entwicklung in (Nord)Hessen verlaufen wird wenn nicht weitere politische
255 Impulse für den Ausbau gesetzt werden ist in Anbetracht der Neuaufgabe des Erneuerbare
256 Energien-Gesetzes derzeit nicht abzusehen. (Nord)hessen darf nicht das Schlusslicht bei den
257 Erneuerbaren Energien, bei der Energiewende im 21. Jahrhundert werden. Das Land muss hier
258 Anreize für kommunale Versorger schaffen, um Planungssicherheit zu schaffen und den
259 Ausbau und die Bindung von Arbeitsplätzen in der Region in dieser Schlüsseltechnologie zu
260 realisieren.

261

262 Wir fordern die Unterstützung von kommunalen Anbietern bei der Planung, Finanzierung und